

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

05.06.2026: Ökonomisch willkommen, politisch unerwünscht: Das italienische Migrationsparadox

Eine halbe Million Arbeitsvisa – und gleichzeitig eine immer restriktiver werdende Migrationspolitik und -rhetorik: In Italien zeigt sich unter Giorgia Meloni ein Spannungsverhältnis, das längst kein neues Phänomen mehr ist, sondern Teil einer länger bestehenden europäischen Logik selektiver Migration – die sich unter Meloni besonders deutlich zeigt. Während die Regierung irreguläre Migration zunehmend kriminalisiert und zivile Seenotrettung erschwert, öffnet sie zugleich die Türen für **legale Arbeitsmigration**. Das Land bleibt angesichts von Arbeitskräftemangel und einer demografischen Krise, die die **wirtschaftliche Stabilität des Landes existenziell bedroht**, weiterhin extrem auf Zuwanderung angewiesen. Dadurch entsteht eine Ambivalenz im italienischen Migrationskontext, in der ein grundlegendes Paradox sichtbar wird: Menschen, die nach Italien migrieren, werden kategorisiert und unterschiedlich behandelt. Während einige gezielt angeworben werden, um dem Arbeitskräftemangel und der wirtschaftlichen Krise entgegenzuwirken, werden andere bewusst verdrängt, kriminalisiert oder sich selbst überlassen.

1. Demographische Lage Italiens

Die aktuellen Daten des nationalen Statistikamtes ISTAT (2025) zeichnen ein ernstes Bild der demografischen Lage Italiens. Die Geburtenrate ist auf einen historischen Tiefstand von **1,14 Kindern pro Frau gesunken**. Im Jahr 2025 standen 355.000 Geburten 652.000 Sterbefällen gegenüber. Dass die Gesamtbevölkerung dennoch bei rund 59 Millionen Einwohner*innen stabil bleibt, ist ausschließlich der Migration zu verdanken. Ohne den positiven Wanderungssaldo von etwa 296.000 Personen **wäre die Bevölkerung im vergangenen Jahr massiv geschrumpft**. Italien ist heute das älteste Land der EU; das Medianalter liegt bei 49,1 Jahren. Besonders kritisch: Die Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahre wird bis 2050 **voraussichtlich um mehr als ein Fünftel (über 20 %)** zurückgehen. Dieser Schwund gefährdet das Wirtschaftswachstum und die Tragfähigkeit des Rentensystems massiv.

2. Arbeitsmarkt: Strukturelle Abhängigkeit von migrantischer Arbeit

Die italienische Wirtschaft ist längst strukturell abhängig von ausländischen Arbeitskräften. Laut dem Jahresbericht des Arbeitsministeriums machen 2025 Migrant*innen¹ bereits **10,5 % aller Beschäftigten aus (ca. 2,5 Millionen Menschen)**. In bestimmten Sektoren ist ihre Bedeutung noch weitaus höher:

- Kollektive und persönliche Dienstleistungen (inkl. Pflege): 30,9 %
- Landwirtschaft: 20 %
- Hotels und Restaurants: 18,5 %
- Baugewerbe: 16,9 %

Besonders im Bereich der Seniorenbetreuung wurde laut einem Artikel von Il Foglio aus Dezember 2025 geschätzt, dass Anfang 2026 etwa 72,2 % der **Pflegekräfte Personen mit Migrationsgeschichte sein werden**. Insgesamt steigt die Nachfrage nach migrantischer Arbeitskraft in zahlreichen Wirtschaftssektoren also deutlich an. Dennoch finden **54,7 % der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen** nicht genügend Personal, obwohl sie allein für das Jahr 2024 über eine Million Einstellungen von Migrant*innen geplant hatten. Dazu muss auch erwähnt werden, dass ein erheblicher Teil der migrantischen Arbeitskräfte unter prekären und informellen Bedingungen arbeitet. Laut **einem Bericht von InfoMigrants** aus dem Jahr 2025 ist

etwa die Hälfte der Hausangestellten und Pflegekräfte in Italien ohne regulären Aufenthalts- oder Arbeitsstatus beschäftigt. Dies verdeutlicht, wie stark zentrale Bereiche der italienischen Wirtschaft auf oftmals unsichtbare und rechtlich unsichere migrantische Arbeit angewiesen sind – und dies somit auch ausgenutzt werden kann.

3. Die Regierungsstrategie: Massive Visa-Erhöhung trotz harter Rhetorik

Um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, hat die Regierung Meloni angekündigt, von 2026 bis 2028 fast [500.000 neue Arbeitsvisa für Nicht-EU-Bürger*innen](#) auszustellen. Diese sollen im Rahmen des sogenannten Decreto Flussi vergeben werden, das die jährlichen Einreisequoten für ausländische Arbeitskräfte festlegt. Dies folgt auf ein bereits beschlossenes Kontingent von über 450.000 Visa für den Zeitraum 2023–2025.

Die OECD betont, dass die Regierung zudem Verfahren beschleunigt hat, etwa durch die [Digitalisierung von Verträgen und verkürzte Wartezeiten für Arbeitsmarkttests auf nur noch acht Tage](#). Gleichzeitig wurden Zugänge für hochqualifizierte Arbeitskräfte über die EU Blue Card sowie für digitale Nomad*innen erleichtert. Wirtschaftsverbände wie Coldiretti begrüßen diese Maßnahmen ausdrücklich, da insbesondere Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion zunehmend auf migrantische Arbeitskräfte angewiesen sind.

4. Die Lücke zwischen Kontingenten und Realität

Trotz dieser Erhöhungen kritisieren Thinktanks und staatliche Stellen, dass die Quoten für die legale Einwanderung weiterhin [nicht ausreichen](#). Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist deutlich höher als die Zahl der verfügbaren Visa. Besonders sichtbar wird dies an den sogenannten „Click Days“: An diesen Tagen können Unternehmen online Anträge für Arbeitsvisa stellen, wobei regelmäßig innerhalb kürzester Zeit wesentlich mehr Anträge eingehen, als Plätze im Kontingent vorgesehen sind. [Osservatorio Conti Pubblici](#) geht sogar davon aus, dass Italien bis 2050 langfristig mindestens zehn Millionen Zuwander*innen benötigt, um den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten und die heutige Einwohner*innenzahl stabil zu halten.

Das ist heruntergebrochen genau das Paradox, auf dessen Grundlage Italiens Positionierung und Narrative gegenüber Migration beinahe widersprüchlich erscheinen: Politisch und rhetorisch bekämpft Italien eine Migration, auf die das Land ökonomisch und sozial zugleich dringend angewiesen ist. Zuwanderung fungiert dabei als demografischer Stoßdämpfer, dessen Wirkung jedoch durch die Alterung der bereits in Italien lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte sowie die Abwanderung junger Italiener*innen zunehmend abnimmt.

Ohne eine weitere Öffnung legaler Migrationswege und eine effektivere Integrationspolitik drohen die Staatsfinanzen und das soziale Gefüge des Landes langfristig unter dem Druck der demografischen Krise weiter destabilisiert zu werden. Gleichzeitig zeigt gerade diese Debatte um Arbeitsmigration und Geburtenrückgang, wie stark Migration in Italien häufig vor allem unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wird — und dabei auch instrumentalisiert wird. [Aussagen wie jene von Außenminister Antonio Tajani](#), dass reguläre Migration notwendig sei, um dem Arbeitskräftemangel und der sinkenden Geburtenrate entgegenzuwirken, verdeutlichen, dass migrantische Menschen oft primär dann sichtbar werden, wenn sie wirtschaftlich gebraucht werden.

Was dabei häufig aus dem öffentlichen Diskurs verschwindet, sind die Menschen selbst und die Gewalt, die dieses System produziert: Menschen, die auf dem Weg nach Europa sterben oder vermisst werden; Kinder, die ohne ihre Eltern ankommen oder deren Familien auseinandergerissen werden; sowie all jene, die nach ihrer Ankunft in bürokratischer Unsicherheit und sozialer Isolation leben, weil sie nicht in die „richtige“ Kategorie von



Migrant*innen passen. Die Konsequenzen dieser restriktiven Dynamiken sind unter anderem die fehlende Anerkennung von Ausbildungen und Studienabschlüsse, eingeschränkte oder fehlende Arbeitserlaubnisse sowie weitere strukturelle Hürden, die viele Menschen letztlich in ausbeuterische und informelle Beschäftigungsverhältnisse drängen. Über diese Personen und ihre Lebensrealitäten in Italien wird sowohl politisch als auch gesellschaftlich auffallend wenig gesprochen.

Gerade darin zeigt sich, wie realitätsfern viele dominante Narrative über Migration in Europa sind. Migration wird nicht nur kontrolliert, sondern auch gezielt instrumentalisiert: Menschen in vulnerablen Situationen werden als ökonomische Ressource behandelt, während ihnen zugleich häufig Würde, Sicherheit und politische Sichtbarkeit abgesprochen werden. Sie sollen Italien aus der demografischen Krise helfen, doch wenn es darum geht, Menschen in Not tatsächlich Schutz, Rechte und ein menschenwürdiges Leben zu garantieren, werden viele von ihnen alleingelassen.

¹ Im Report wird nicht ausdrücklich benannt, wer hier miteinberechnet wird, daher gehen wir davon aus, dass es sich um alle Menschen, die keine italienische Staatsbürgerschaft haben, handelt.